

**Sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Stadt- und Gemeinderat,**

angesichts der langjährigen, offenkundigen Herausforderungen, die unsere Haushalte durch die extern bedingten hohen Personalkosten in ein Ungleichgewicht gebracht haben, ist es nun geboten, gemeinsam aus dieser Defensive herauszutreten. Es ist an der Zeit, gemeinschaftlich **einen umfassenden Strukturwandel zu fordern** und zu fördern.

Die aktuelle Lage erfordert, dass wir Verantwortung übernehmen, besonders da essentielle Dienstleistungen wie Bibliotheken, Schwimmbäder, die Betreuung von Schulkindern und die Unterstützung von Vereinen auf dem Spiel stehen. Unsere Bürgerinnen und Bürger stellen zu Recht die Frage: "Warum ergreifen Sie nicht mehr Maßnahmen gegen die politischen Entscheidungen und setzen sich nicht für unsere Interessen ein?"

In einer Entlastungsallianz haben der Landkreistag, der Stadt- und Gemeinderat, die Handwerks- und Industrie- und Handelsverbände, der Sparkassenverband, Unternehmer und der Genossenschaftsverband Baden-Württemberg eine Allianz gebildet und bereits ein Entlastungspaket eingereicht, sowie sehr viele Maßnahmen benannt. (siehe Anhang)

Diese Allianz strebt nun danach, durch bürokratische **vorgegebene Prozesse** in Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgern Beachtung zu finden.

Diese Situation verlangt von uns, durchdachte Lösungen zu finden und vielleicht auch kreative Wege zu gehen, um die starren Strukturen der Bürokratie zu überwinden. Es ist wichtig, dass wir gemeinsam nach Wegen suchen, wie wir effektiver kommunizieren und handeln können, um positive Veränderungen herbeizuführen, gar zu erzwingen.

Die umständlichen und zeitaufwendigen Prozesse, die für Änderungen im kommunalen und regionalen Sektor notwendig sind, könnten dazu führen, dass die Änderungen eventuelle gar nicht umgesetzt werden, oder aber die Städte und Gemeinden bereits handlungsunfähig und hoch verschuldet sind, bevor überhaupt Veränderungen greifen. Diese Verzögerungen bergen das Risiko, dass die finanzielle Lage der Kommunen und der Volkswirtschaft sich derart verschlechtert, dass drastische Maßnahmen wie unkontrollierter Personalabbau unvermeidlich werden.

Daher bitten wir Sie unsere entschlossene Initiative

„Unser letztes kommunales und bürgerliches Hemd“.

zu unterstützen.

Wie soll diese Unterstützung aussehen?

Die Allianz-Statement und Forderungen sind an die Politiker übergeben, oder erreichen sie nun mit unserer Postsendung „letzten Hemd“.

Setzen Sie sich als Rat ein für eine funktionierende Volkswirtschaft. **Diese friedlichen Initiativen** erfahren eine sehr positive Resonanz in der Bevölkerung, da

offensichtlich ist, dass Sie ihre Verantwortung wahrnehmen – und alles dafür tun um Schaden von der Kommune ab zu wenden -

Die Aktion:

In der ersten Aktion „3. **Oktober**“ werden alle Gemeinderäte der Städte und Gemeinden in Baden- Württemberg angeschrieben.

Somit verschicken wir über 1000 Hemden als Symbol der Unterstützung durch die mittelständischen Gemeinderäte.

Pro Kommune senden wir zwei Hemden als "das letzte Hemd". Eins an den Bund und eines an das Land. Diese Sendung enthält auch alle zugehörigen Stellungnahmen.

Wir erwarten nicht sofortige Maßnahmen von der Politik, aber wir zeigen damit unser Engagement und erhöhen den Druck.

Demnach sieht der Plan wie folgt aus:

Ein Hemd zusammen mit den Statements und Forderungen der Initiatoren wird an das
Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin, adressiert.

Ein weiteres Hemd samt Statement richtet sich an die jeweilige Landesregierung
**Landtag Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str.3
70173 Stuttgart**

- Ein Hemd adressiert an das Land mit Statement.
- Ein Hemd adressiert an den Bund mit Statement.

Wir, die Räte des bürgerlichen Mittelstands, setzen der Politik eine Frist bis zum **3.Oktober**, um den Forderungen der Allianz nachzukommen.

Wir starten mit der ersten Versendung im März 2024
Sollten nach einem Monat keine erkennbaren Maßnahmen seitens der Politik feststellbar sein, was nicht davon aus zu gehen ist, folgt eine weitere Erinnerung (wir versenden dann erneut 2 Hemden).
Diese dient als erneuter Hinweis auf die Maßnahmenkataloge und unterstreicht unsere Forderungen.

Falls nach drei Monaten immer noch keine wirksamen Schritte von der Politik unternommen und das Thema von den Medien nicht aufgenommen wurde, planen wir, auch an sie Hemden zu versenden:

- Ein Hemd an die Landesregierung
- Ein Hemd an die Bundesregierung
- Jede Kommune versendet an drei frei wählbare Zeitungen / Medien auch ein Hemd.

Diese Aktion setzen wir dann monatlich bis zum 3. Oktober fort.

Siehe Aktionsplan.

Das bedeutet, dass jeder Rat insgesamt 15 Hemden mit Statements versenden wird, darunter 12 an politische Adressen und 3 an Presseorgane.

Wir vom Mittelstand, ob in den Betrieben oder in den Kommunen sollte der Einsatz für unser Land wert sein.

Setzen Sie sich im Rat für eine gemeinsame Linie ein oder packen Sie die Initiative als Fraktion oder Partei eigenständig an, um diesen bedeutsamen Aufruf zu unterstützen.

Wenn bis zum 3.Okt. keine wegweisenden politischen Veränderungen im kommunalen Bereich erkennbar sind und die Anliegen des Mittelstands unbeachtet bleiben, sodass keine leistungsfähige Volkswirtschaft entstehen kann, wird

der 3. Oktober – der Tag der Deutschen Einheit – zum Zeichen der Bürgereinheit werden.

Die Freie Wählervereinigung Dußlingen hat in ihrer ersten Aktion für den Mittelstand über 10.000 Handwerksbetriebe in Deutschland kontaktiert und durch unsere Plakataktion fast ausschließlich positive Rückmeldungen erhalten.

Das zeigt uns, dass wir am **3. Oktober alle Beteiligten** zu einer starken Bewegung für Deutschland zusammenführen können. Gemeinsam mit den Gemeinderäten und dem Mittelstand planen wir, mehr als 10.000 "letzte Hemden" zu versenden. Diese Aktion soll Millionen von Mittelständlern motivieren, sich zu beteiligen.

In der ersten Phase unserer Kampagne kontaktieren wir alle Gemeinderatsmitglieder in Baden-Württemberg. Falls die Hemden nach dem 3.Okt. nicht ausreichen, beziehen wir jeden Monat ein weiteres Bundesland mit ein.

Unser Ziel ist es, eine solch starke Beteiligung zu erreichen, dass Stuttgart und Berlin symbolisch in einer Flut von Hemden (und unseren Sorgen) versinken.

Wir setzen keine Traktoren oder Lastwagen ein und kleben uns nicht auf Straßen, aber unser Ziel ist es, durch diese gewaltfreie Aktion eine öffentliche Debatte zu entfachen. Wir wollen verhindern, dass Bund und Länder sich gegenseitig die Zuständigkeit zuschieben, ohne Verantwortung zu übernehmen.

Im Anhang finden Sie die Stellungnahmen der Allianz und des Mittelstands sowie den Zeitplan. Bitte unterstützen Sie uns dabei, diese Aktion über alle Medienkanäle zu verbreiten und unsere Botschaft zu stärken.

Dies ist ein Aufruf an alle Parteien und Fraktionen. Wir hoffen sehr, dass diese Maßnahmen letztendlich nicht notwendig werden.

Eine Rückmeldung ob Sie dieses Schreiben erreicht hat und ob Sie geschlossen als Kommune, oder als Fraktion mitmachen wäre für die Pressemitteilungen toll.

Rückmeldungen unter: www.fvv-dusslingen.de - Kontakt -

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Zürn

Fraktionsvorsitzender und Kreisrat der Freien Wählervereinigung Landkreis Tübingen